

Fragen des Bündnisses für gute Pflege				
<p>Was werden Sie unternehmen, damit ein angemessener und am Bedarf pflegebedürftiger Menschen orientierter Personalschlüssel schon jetzt zugrunde gelegt wird?</p>	<p>Durch die Pflegereform wurde dafür gesorgt, dass die Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen verbessert werden konnte. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff musste zum Anlass genommen werden, die Personalsituation in den Pflegeeinrichtungen vor Ort zu überprüfen. Bereits in 11 der 16 Bundesländer konnten Verbesserungen beim Pflegepersonalschlüssel vereinbart werden. Zudem muss die Selbstverwaltung in der Pflege bis zum 30. Juni 2020 ein fachlich fundiertes Verfahren entwickeln und erproben, mit dem besser bestimmt werden kann, wie viel und welches Personal es in einer Pflegeeinrichtung geben muss.</p> <p>Zudem wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in Pflege-</p>	<p>Menschen, die in Gesundheits-, Pflege-, Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufen arbeiten, verdienen mehr Anerkennung. Wir wollen deshalb eine Beschäftigungspolitik, durch die soziale Dienstleistungen gestärkt werden. Die Träger, Dienste und Einrichtungen sind ebenso in der Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. Denn die öffentliche Hand legt Rahmenbedingungen sowie die finanzielle Ausstattung fest. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Wir setzen uns für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal ein. Deshalb wollen wir verbindliche Personalstandards umsetzen. Wir werden ein Sofortprogramm für mehr Personal</p>	<p>Es ist ein politischer Schwerpunkt der LINKEN, den Personalnotstand in der Pflege zu beseitigen. Deshalb fordern wir 100.000 Pflegekräfte mehr in Krankenhäusern und 20.000 Pflegekräfte mehr in der Altenpflege (BT-Drs. 18/7568). Verbindliche Personaluntergrenzen und Fachkraftquoten können eingeführt werden bevor das wissenschaftliche Personalbemessungsverfahren 2020 kommt. Wir setzen uns für seine schnelle und verbindliche Umsetzung ein. Das darf weder zu steigenden Eigenanteilen in stationären Pflegeeinrichtungen noch zu Leistungseinschränkungen durch höhere Preise in der ambulanten Pflege führen. DIE LINKE kritisierte deutlich, dass ein wissenschaftliches Personalbemessungsverfahren erst bis 2020 erarbeitet wird und keine verbindliche Umsetzung beschlossen wurde. Wir traten und treten für Sofortmaßnahmen ein (BT-Drs. 18/9122) Der gegenwärtig höchste Personalrichtwert der Bundesländer soll nicht nur für ganz Deutschland festgeschrieben, sondern seine Umsetzung auch wirksamer kontrolliert werden. Mindestregelungen für Nachtschichten sind dringend erforderlich. Einrichtungsbe-</p>	<p>Der Personalmangel in der Pflege gehört für uns ganz oben auf die politische Agenda. Wir wollen den Pflegeberuf, ebenso wie die anderen sozialen Berufe, aufwerten und für bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Gegen den Fachkräftemangel in der Pflege wollen wir zügig ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg bringen. Als Sofortmaßnahme für den Krankenhausbereich halten wir ein Pflegestellenprogramm für erforderlich, das sich mindestens an den Größenordnungen der 1997 abgeschafften Pflegepersonalregelung (PPR) orientiert. In der Pflegeversicherung wollen wir die für den „Pflegevorsorgefonds“ vorgesehenen Beitragsmittel in aktuell benötigte Leistungen investieren, das bietet letztlich auch eine Grundlage für</p>

	<p>einrichtungen deutlich zu erhöhen. Rund 49 000 Betreuungskräfte unterstützen heute die wichtige Arbeit der Pflegefachkräfte und verbessern damit den Pflegealltag spürbar. 2013 waren es noch 28 000.</p>	<p>in der Altenpflege umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.</p>	<p>treiber sollen ihre tatsächliche Personalausstattung im Verhältnis zu den vorgegebenen Richtwerten verpflichtend veröffentlichen. Sanktionen bei Nichteinhaltung befürworten wir. Der Mehraufwand durch die Einführung des neuen Pflegebegriffs ist inzwischen messbar. DIE LINKE wird sich für zusätzliche, messbare und bundesweit verbindliche Vorgaben mit Beginn der neuen Wahlperiode einsetzen. Ein bundesweites Pflegestellenförderprogramm wie in den Krankenhäusern wäre ein deutliches Signal für mehr sozialstaatliche Verantwortung. Finanzierbar wären Sofortmaßnahmen durch eine Umwidmung des Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds. Damit würden jährlich mehr als 12 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen.</p>	<p>mehr Personal. Insgesamt muss sichergestellt sein, dass die für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff vorgesehenen zusätzlichen Beitragsmittel in zusätzliche Leistungen für pflegebedürftige Personen und damit zum überwiegenden Teil in mehr Personal investiert werden.</p>
--	--	--	---	--

<p>Was werden Sie unternehmen, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen?</p>	<p>Es gilt, die Arbeitsbedingungen unserer Pflegekräfte sowohl in unseren Krankenhäusern als auch in der Altenpflege weiter zu verbessern. Die auf den Weg gebrachten Verbesserungen bei der Personalausstattung werden wir daher entschlossen umsetzen. Durch die Pflegereform wurde dafür gesorgt, dass die Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen verbessert werden konnte.</p> <p>Der Pflegeberuf ist ein Zukunftsbberuf. Denn durch den Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen werden wir in Zukunft auch mehr Pflegekräfte brauchen. Daher ist es gut, dass die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“, die Bund, Länder und Verbände angestoßen haben, Wirkung zeigt. Mit mehr als 68 000 Altenpflegeschülern und insgesamt 139 000 Pflegegeschülern (Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege) haben sich noch nie so</p>	<p>Wir werden die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und – fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten.</p> <p>Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Gut ausgebildete Pflegekräfte sorgen für eine kultur- und geschlechtersensible Pflege. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Altenpflegerinnen und Altenpfleger und Beschäftigte in der Pflege leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss.</p>	<p>DIE LINKE will Pflegekräfte spürbar besser bezahlen und die Arbeitsbedingungen kurz- und langfristig verbessern.</p> <p>Tarifliche Entlohnung soll als allgemeinverbindlich erklärt werden und keine Pflegefachkraft mit weniger als 3.000 Euro als Vollzeitkraft in den Beruf einsteigen. Wir wollen den Pflegemindestlohn sofort bundeseinheitlich auf 14,50 Euro anheben und auf weitere Tätigkeiten ausdehnen. Unfreiwillige Teilzeitarbeit wollen wir unterbinden und ein Rückkehrrecht in eine Vollzeitbeschäftigung gesetzlich regeln. Wir setzen uns für betriebliches Gesundheitsmanagement in der Pflege, mehr Reha-Angebote sowie familienfreundliche Arbeitszeitregelungen ein. Beschäftigte und pflegende Angehörige sollen über Arbeitsbedingungen mehr Mitsprache erhalten. Noch mehr Leiharbeit in der Pflege verbessert weder die Pflegequalität noch dämpft sie die Kostensteigerung. DIE LINKE will diese Entwicklung umkehren.</p>	<p>Wir müssen den Maßstab zurechtrücken: Pflege ist eine verantwortungsvolle Arbeit, die unserer Gesellschaft mehr Wert sein muss. Wie bei anderen sozialen Berufen, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden, passt die Bezahlung nicht zu der Bedeutung der Arbeit. Wir streiten dafür, diese Berufe aufzuwerten und besser zu bezahlen. Deswegen wollen wir uns bei den Tarifpartnern für einen „Tarifvertrag Soziales“ einsetzen, der für faire Löhne in den sozialen Berufen und damit auch in der Pflege sorgt. Aber auch die Arbeitszeiten spielen eine wichtige Rolle. Auslaugender Schichtdienst und unflexible Arbeitszeitregelungen tragen maßgeblich zur Belastung der Beschäftigten bei. Wir wollen allgemein wie auch in der Pflege, dass Beschäftigte eine gesetzlich garantierte Mitsprache über den Um-</p>
--	--	--	---	---

	<p>viele junge Menschen für eine Pflegeausbildung entschieden wie in den vergangenen Jahren. Um mehr junge Menschen für die Pflege zu gewinnen, müssen die Anstrengungen weitergeführt werden. Dazu trägt auch die umfassende Modernisierung der Pflegeausbildung bei, durch die künftige Pflegekräfte in Pflegeeinrichtungen und im Krankenhaus besser auf die Herausforderungen ihres Berufs vorbereitet werden können und mehr Berufs- und Aufstiegschancen erhalten. Zudem wird das Schulgeld in der Altenpflege dadurch bald endgültig der Vergangenheit angehören.</p> <p>Ebenso wichtig sind ausreichende Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung, Flexibilität bei den Arbeitszeitmodellen und ein adäquates Einkommen. Pflegekräfte leisten wertvolle Arbeit, wofür ihnen eine angemessene Vergütung zusteht. Damit Pflegekräfte</p>	<p>Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen, ist ein allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag Soziales notwendig.</p>		<p>fang und die Lage ihrer Arbeitszeit erhalten, damit Arbeit gut in ihr Leben passt. Bei der Aufstellung von Schichtplänen sollen die Bedürfnisse der Beschäftigten stärker berücksichtigt werden. Das ist besonders wichtig in der Pflege. Neben der Bezahlung und den Arbeitszeiten sind gesundheitsfördernde und alter(n)sgerechte Arbeitsplätze wichtig, um die Arbeit in der Pflege attraktiver zu machen. Darüber wollen wir mit den Arbeitgebern in einen Dialog treten. Außerdem müssen die Anstrengungen zur Entbürokratisierung in der Pflege intensiviert werden.</p>
--	---	---	--	---

eine faire Bezahlung erhalten, wurde gesetzlich festgelegt, dass Tariflöhne und Löhne bis zur Höhe des Tarifs von Pflegekassen und Sozialhilfeträgern als wirtschaftlich anerkannt und entsprechend finanziert werden müssen. Jetzt sind die Tarifpartner am Zug, damit die Verbesserungen den Pflegekräften schnell zugutekommen.

Wichtig ist auch, dass diejenigen, die tagtäglich andere pflegen, selbst gesund bleiben. Deshalb wurden die Leistungen der Krankenkassen für die betriebliche Gesundheitsförderung nahezu verdoppelt.

Zudem brauchen wir einen Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements gerade für die Pflege – Stichwort: „Pflege der Pflegenden“. Die professionelle Pflege alter und kranker Menschen bedeutet eine starke körperliche Beanspruchung und psychische

	<p>Belastung. Aus diesem Grund müssen die Arbeitsplätze in der Pflege entsprechend gestaltet und die Nutzung technischer Hilfsmittel zur Arbeitsentlastung ausgebaut werden. Die Digitalisierung bietet viele Chancen für die medizinische und pflegerische Versorgung.</p>			
--	---	--	--	--

<p>Was werden Sie unternehmen, um die Pflegeausbildung zukunftsfest auszugestalten?</p>	<p>Ziel des neuen Pflegeberufsgesetzes ist es, die notwendige Grundlage für eine moderne und durchlässige Pflegeausbildung, eine weitere Verbesserung der Qualität in der Pflege und die Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs zu schaffen. Mit dem Pflegeberufsgesetz soll eine neue berufliche Pflegeausbildung eingeführt und deren Finanzierung unter besonderer Berücksichtigung von Schulgeldfreiheit und eines Anspruchs auf angemessene Ausbildungsvergütung einheitlich neu geregelt werden. Darüber hinaus wird erstmalig ein Pflegestudium in Ergänzung zur beruflichen Pflegeausbildung als weiterer Qualifizierungsweg – etwa für besondere Leitungsaufgaben – vorgesehen. Die neue Pflegeausbildung wird die Pflegefachkräfte dazu befähigen, die pflegerische Versorgung von Menschen über Altersgrenzen hinweg in allen Versorgungsformen in weiterhin</p>	<p>Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufsgesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Wie die Gesundheitsfachberufe auch, übernehmen die Pflegefachberufe zentrale Aufgaben in der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden sie deshalb weiterentwickeln.</p>	<p>DIE LINKE hat ihr Konzept einer integrierten Ausbildung in einem eigenen Antrag vorgelegt. (BT-Drs. 18/7414) und sich für eine zügige Reform der Pflegeausbildung in hoher Qualität und eine zusätzliche Anhörung eingesetzt. Das jetzt geltende Pflegeberufsgesetz gefährdet aus unserer Sicht vor allem die Qualität der Altenpflegeausbildung, macht die Ausbildung insgesamt unübersichtlicher und führt ohne klare Ausbildungsinhalte die Generalistik durch die Hintertür ein. Deshalb wird sich DIE LINKE für eine breite öffentliche Diskussion der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung und Nachbesserungen im Gesetz einsetzen.</p> <p>Auch für uns ist die Praxisanleitung ein entscheidender Baustein der Ausbildungsqualität. Wir wollen mehr (zusammenhängende) Zeit für die praktische Ausbildung. Die Praxisanleitung muss im Personalschlüssel berücksichtigt und zusätzlich refinanziert werden. Geplante und strukturierte Praxisanleitung soll mindestens 10 Prozent der Ausbildungszeit ausmachen, die betriebliche Mitbestimmung wollen wir stärken. Auszubildende dürfen nicht auf den</p>	<p>Neue Anforderungen in der Versorgung, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und neue Aufgaben für die Pflegekräfte erfordern eine moderne Ausbildung, die auf diese Herausforderungen vorbereitet. Bei einer Reform der Pflegeberufe war uns von Anfang an wichtig, die Ausbildung finanziell abzusichern. Außerdem war unser Ziel, dass es gemeinsame Lernzeiten der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege gibt und gleichzeitig ihre spezifischen Fachkenntnisse erhalten bleiben. Die Große Koalition hat wertvolle Zeit mit Streitigkeiten vertan, anstatt eine Reform sorgfältig vorzubereiten, die in der Praxis tragen kann. Wir begrüßen, dass mit der verabschiedeten Reform unsere Forderungen nach der Schulgeldfreiheit und der Umlagefinanzierung auch der Altenpflegeausbildung umgesetzt wurden. Wich-</p>
---	--	---	---	---

	<p>hoher Qualität sicherzustellen.</p> <p>Um bundesweit eine qualitätsgesicherte Ausbildung zu ermöglichen, ist im Pflegeberufsgesetz die einheitliche Finanzierung der neuen beruflichen Pflegeausbildung über Landesausbildungsfonds vorgesehen. Alle bisherigen Kostenträger – das sind im Wesentlichen die GKV, die Pflegeversicherung und die Länder – werden auch künftig an den Kosten beteiligt. Qualifizierte Pflegefachkräfte können ohne Begrenzung der Ausbildungszahlen zur Sicherung der Fachkräftebasis in der Pflege ausgebildet werden. Davon profitieren ausbildende Einrichtungen in der ambulanten und in der stationären Langzeitpflege gleichermaßen. Neu ist, dass der Bund die Finanzierung einer Fachkommission übernimmt.</p>		<p>Personalschlüssel angerechnet werden. Die Ausbildung muss – auch im akademischen Ausbildungsweg - die unmittelbare Berufsfähigkeit sichern. Erforderliche Zusatzqualifikationen sollen ebenfalls gebühren frei werden. Das bundesweite Umlageverfahren muss so ausgestaltet werden, dass die Menschen mit Pflegebedarf nicht durch steigende Ausbildungszulagen weiter belastet werden.</p>	<p>tig ist uns auch die Akademisierung, wir wollen die Bundesländer dabei unterstützen, die akademische Pflegeausbildung als Regelangebot an den Hochschulen zu verankern. Insgesamt haben wir die Reform der Pflegeausbildung der Großen Koalition jedoch abgelehnt, weil zu viele Fragen zur Umsetzung offen geblieben sind und nicht gesichert ist, dass die speziellen Kenntnisse der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege auf Dauer erhalten bleiben. Wir werden uns weiter für ein attraktives und durchlässiges Aus-, Fort- und Weiterbildungssystem einsetzen. In eine gute Pflegeausbildung muss mehr investiert werden. Dazu gehört aus unserer Sicht, dass PraxisanleiterInnen für diese Tätigkeit freigestellt und gesondert finanziert werden müssen. Auszubildende sollten grund-</p>
--	---	--	--	---

				<p>sätzlich nicht mehr auf den Stellenschlüssel angerechnet werden, damit sie sich auf das Erlernen ihres Berufes konzentrieren können.</p>
--	--	--	--	---

<p>Was werden Sie unternehmen, um die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiärer Pflege zu verbessern?</p>	<p>Die Mitglieder der eigenen Familie tragen eine besondere Verantwortung bei der Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen. Ihr oft aufopferungsvoller Einsatz verdient Anerkennung und Wertschätzung. Deshalb werden wir die Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige weiter ausbauen, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern und die Bereitschaft von Unternehmen weiter stärken, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen.</p>	<p>Mehr Zeit für die Familie braucht einen Kulturwandel in der Arbeitswelt. Dazu gehört auch die Abkehr vom „Präsenz-Wettbewerb“ im Beruf. Für familiengerechte Arbeits- und Besprechungszeiten, Homeoffice- und Dienstreiseregulungen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht. Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle Unterstützung. Wir wollen eine Familienarbeitszeit für Pflegende einführen. So ermöglichen wir Menschen, die Familienmitglieder pflegen, eine Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung: Pflegende Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren und erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert.</p>	<p>DIE LINKE hält an ihrer Forderung fest, dass beim erstmaligen Eintreten einer Pflegesituation jede/r Beschäftigte einen gesetzlichen Anspruch auf eine sechswöchige, arbeitgeberfinanzierte bezahlte Freistellung (analog dem Krankheitsfall) hat. Wir teilen die Einschätzung des Bündnisses, dass die Regelungen der Pflegezeit und der Familienpflegezeit dringend weiterentwickelt werden müssen. Grundsätzlich müssen alle diese Regelungen auch für Beschäftigte in Unternehmen mit weniger als 25 Beschäftigten gelten. Die Begrenzung des Anspruches auf sechs bzw. 24 Monate muss aufgehoben werden. Auch die Finanzierung der Pflegezeit und Familienpflegezeit über persönliche Verschuldung, also über Darlehen lehnt DIE LINKE ab, da diese Regelung insbesondere Geringverdienende oder Bezieherinnen von SGB II-Leistungen von der Familienpflegezeit ausschließt. Eine echte Entgeltersatzleistung ist überfällig. Gleichzeitig ist ein verbindlicher Rechtsanspruch auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung einzuführen. Wir wollen, dass Beschäftigte Arbeitszeitkonten nach dem Flexi II-Gesetz</p>	<p>Wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat mehr Unterstützung und Wertschätzung verdient. Mit der grünen PflegeZeit Plus bieten wir deshalb einen dreimonatigen Lohnersatz und jährlich eine 10-tägige bezahlte Freistellung, wenn kurzfristig Unterstützung nötig wird. Dieses Angebot steht nicht nur Familienmitgliedern, sondern auch Nachbarinnen, Freunden oder Bekannten zur Verfügung, die sich um eine pflegebedürftige Person kümmern. Um pflegende Angehörige in ihrem Alltag zu unterstützen, wollen wir Beratung und Information, flexible Tages- und Nachtpflege sowie Hol- und Bringdienste ausbauen.</p>
---	---	---	---	--

		<p>Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber hinaus länger ihre Arbeitszeit für die Pflege von Angehörigen verringern möchten, erhalten sie das Familiengeld für Pflege.</p>	<p>(Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeiten) auch für die Pflege nutzen können. Hier ist die Inanspruchnahme zeitlich nicht begrenzt und es besteht ein gesetzlicher Insolvenz- und Kündigungsschutz. Wir wollen generell die Arbeitszeit verkürzen, also eine gesamtgesellschaftliche Entlastung von Erwerbsarbeit bei Lohnausgleich.</p>	
--	--	--	--	--

<p>Was werden Sie unternehmen, um die rentenrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger zu verbessern und die diskriminierenden Unterschiede zwischen Ost und West zu beenden?</p>	<p>Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Armutsrisiko für die Angehörigen werden. Seit dem 1. Januar 2017 erhalten mehr pflegende Angehörige als bisher einen Anspruch auf Rentenversicherungsbeiträge durch die Pflegeversicherung. Dieser Anspruch entsteht, wenn jemand Angehörige mindestens 10 Stunden pro Woche ohne Bezahlung pflegt. Auch der Schutz in der Arbeitslosenversicherung wurde verbessert.</p> <p>Kinder pflegebedürftiger Eltern und sonstiger Angehöriger, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, wollen wir besser vor einer Überforderung schützen. Ein Rückgriff auf Kinder soll erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro erfolgen.</p> <p>Ab 2025 wird die Rente in ganz Deutschland einheitlich berechnet. Mit dem Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz wird der Rentenwert Ost an den im Westen geltenden Renten-</p>	<p>Bereits mit dem Pflegestärkungsgesetz haben wir die die rentenrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger verbessert. Seit dem 1. Januar 2017 gilt: Wer eine oder mehrere pflegebedürftige Personen des Pflegegrades 2 bis 5 in ihrer häuslichen Umgebung für wenigstens zehn Stunden wöchentlich pflegt, ist im Sinne der Pflegeversicherung eine Pflegeperson und kann Leistungen zur sozialen Sicherung von der Pflegeversicherung erhalten.</p>	<p>Die Absicherung durch die Rente muss sich für alle verbessern, was unmittelbar auch die Rentenansprüche pflegender Angehöriger erhöht. DIE LINKE will das Niveau der gesetzlichen Rente wieder auf 53 Prozent anheben, also auf das Niveau vor den Rentenreformen zu Beginn des Jahrtausends. Besonders niedrige Einkommen sollen bei der Rente aufgewertet werden. DIE LINKE will die Rente nach Mindestentgeltpunkten wieder einführen: Wer längere Zeit unterdurchschnittlich verdient, dessen Rentenansprüche werden aufgewertet. Und: DIE LINKE setzt sich für die Solidarische Mindestrente von 1050 Euro netto ein. Diese Mindestrente ergänzt Einkünfte im Alter bis 1050 Euro (ggf. zuzüglich Wohngeld), vorausgesetzt, es liegt kein hohes Vermögen vor.</p> <p>Konkret für die jetzige Rentensituation pflegender Angehöriger fordern wir, die Abschläge bei Inanspruchnahme von Pflegesach- und Kombinationsleistungen abzuschaffen. Die Höhe der Rentenansprüche muss insgesamt deutlich ansteigen und bundeseinheitlich geregelt werden. Die unterschiedlich hohe rentenrechtliche</p>	<p>Die Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist keine private Aufgabe. Sie ist gesellschaftlich wichtig und sie wird derzeit überwiegend von Frauen geleistet. Deswegen braucht es aus unserer Sicht eine faire Abbildung von Pflegezeiten bei der Rente. Darüber hinaus wollen wir mit der Garantierente für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, ein Mindestniveau in der Rentenversicherung einführen, das oberhalb der Grundversicherung liegt.</p>
--	---	--	---	--

	<p>wert schrittweise angeglichen.</p>		<p>Anerkennung von Pflegezeiten in Ost und West will DIE LINKE unmittelbar angleichen. Eine Debatte darüber, ob auch pflegende Angehörige, die bereits Altersrente beziehen, zusätzliche Ansprüche erwerben können, hält DIE LINKE für dringend erforderlich.</p> <p>DIE LINKE will jedoch keine zusätzlichen Anreize schaffen, um die informelle häusliche Pflege auszubauen. Die deutliche Anhebung der Leistungen der Pflegeversicherung eröffnet die Möglichkeit, in der häuslichen Umgebung gepflegt zu werden und stärker auf ambulante Dienste zurückgreifen zu können. Dafür wollen wir die Unterfinanzierung der Pflegeversicherung beenden.</p> <p>Die Pflegeversicherung muss eine Vollversicherung werden, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Die Pflege- und</p> <p>Assistenzaufgaben wollen wir zwischen Staat und Familie zugunsten einer stärkeren öffentlichen Verantwortung umverteilen.</p>	
--	---------------------------------------	--	--	--

<p>Was werden Sie unternehmen, um einen wohnortnahen, bedarfsgerechten und unabhängigen Ausbau der Pflegeberatungsinfrastruktur voranzubringen?</p>	<p>Insbesondere mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz haben wir die Beratungsleistungen weiterentwickelt und Beratung aus einer Hand ermöglicht. Dies hilft den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen, die unterschiedlichen Leistungsansprüche und Zuständigkeiten zu erkennen. Diesen Weg werden wir fortsetzen.</p>	<p>Damit ältere Menschen lange aktiv sein können, unterstützen wir flächendeckende und miteinander vernetzte Angebote für Gesundheit, Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen – legal, für alle zugänglich und bezahlbar. Hier braucht es eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und den Sozialversicherungen. Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle. Hier werden pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen beraten, unterstützt und bekommen bei der Organisation der Pflege die Hilfe, die sie brauchen. Ihre Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und die Angehörigen werden wir ausbauen. Mit dem Pflegestärkungsgesetz III haben wir die Kommunen gestärkt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.</p>	<p>DIE LINKE will eine von Kostenträgern und Leistungserbringern wirklich unabhängige Beratung, ausgestaltet als Leistung aus einer Hand. Das beinhaltet auch die Frage, ob und wie der Wildwuchs nebeneinander bestehender Beratungsangebote – Pflegestützpunkte, Servicestellen, Patienten-, Sozial- und Mieterberatung – beendet werden kann. Qualifizierte Beratung gehört stärker in öffentliche Verantwortung und soll wohnortnah verfügbar sein. Deshalb wollen wir mehr Beratungsstellen, also auch mehr Pflegestützpunkte mit besseren Öffnungszeiten. Die Vernetzung mit dem klinischen Entlassmanagement und der hausärztlichen Versorgung muss gefördert werden. Die individuelle Versorgungsplanung soll zu einem qualifizierten Versorgungsmanagement werden. Insbesondere im ländlichen Raum müssen gemeinsam mit einer mobilen Versorgung auch aufsuchende Beratungsangebote ausgebaut werden. Wir setzen uns für Beratung in einfacher und leichter Sprache ein. Die erforderliche Qualifizierung der Pflegeberater muss gesichert werden. An den</p>	<p>Unser Ziel ist ein gesetzlicher Anspruch auf ein unabhängiges, individuelles Case-Management für pflegebedürftige Menschen. Zusätzlich sollten Pflegesachleistungen auf Wunsch als persönliches Budget ausgezahlt werden können („Pflegebudget“). Die jeweiligen Dienstleister müssen lizenziert und qualitätsgesichert sein, der oder die Case-ManagerIn sollte in die örtlichen Beratungsstrukturen für Pflege und Teilhabe eingebunden sein. Das stärkt auch die örtliche Vernetzung. Ein individueller Case-Manager und ein persönliches Pflegebudget sind Garantien für eine nutzerorientierte Versorgung vor Ort. Mit Hilfe des Case-Managers können Pflegebedürftige sich ihre Leistungen mit dem Pflegebudget selbst zusammenstellen. Modellversuche haben gezeigt, dass das zu deutlichen Verbesserungen des</p>
---	--	---	--	--

			<p>bis Juli 2018 dafür zu erarbeitenden Empfehlungen müssen Pflegeverbände, Interessenvertretungen der pflegenden Angehörigen und Sozialverbände stimmberechtigt mitwirken.</p> <p>Wir befürworten Online- und Telefonangebote rund um die Uhr, um pflegende Angehörige in schwierigen Versorgungssituationen pflegefachlich und psychologisch zu unterstützen.</p>	Pflegearrangements führt.
--	--	--	---	---------------------------

<p>Was werden Sie unternehmen, um den bisher entstandenen Realwertverlust auszugleichen und eine verbindliche und regelhafte Dynamisierung der Leistungssätze zu erreichen?</p>	<p>Die Pflegeversicherung wird auch künftig einen angemessenen Teil der Pflegekosten ihrer Versicherten übernehmen. Wir haben die Pflegeversicherung umfassend modernisiert und zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt. Wir haben die Pflegebedürftigkeit neu definiert, um den tatsächlichen Versorgungsbedarf und den Grad der Selbstständigkeit der Betroffenen besser berücksichtigen zu können. Wir haben dafür gesorgt, dass mehr Pflegefachpersonal in den Pflegeeinrichtungen eingestellt werden kann, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in Pflegeeinrichtungen nahezu verdoppelt wurde und die Bezahlung der Pflegekräfte nach Tarif gestärkt wird. Insgesamt wurden die Leistungen um 20 Prozent erhöht. Jährlich stehen 5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Bis zu 500 000 Personen zusätzlich können profitieren. Diesen Weg setzen wir fort.</p>	<p>Auch in der Pflege soll es die Bürgerversicherung geben. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger besser gegen Pflegerisiken absichern.</p>	<p>DIE LINKE fordert schon lange, die Leistungssätze der sozialen Pflegeversicherung regelmäßig an die Kostenentwicklung anzupassen. Dafür wollen wir eine gesetzliche Regelung für eine automatische, jährliche Angleichung der Leistungen an die tatsächliche Kostenentwicklung nach eindeutig festgelegten Kriterien, damit der Gesetzgeber nicht jeweils gesondert tätig werden muss. Zur Sicherung der Wertehaltigkeit der Pflegeleistungen sind die Dynamisierungsregeln in § 30 SGB XI zu ersetzen durch eine jährliche regelgebundene Leistungsdynamisierung, die sich zu zwei Dritteln an der allgemeinen Lohnentwicklung und zu einem Drittel an der allgemeinen Preisentwicklung orientiert.</p> <p>Als Sofortmaßnahme sind der seit 1995 entstandene Realwertverlust der Pflegeleistungen einmalig vollständig auszugleichen und die Sachleistungsbeträge für die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege je Kalendermonat um weitere 25 Prozent zu erhöhen.</p>	<p>Eine nachhaltige Finanzierung der Pflege ist angesichts der demografischen Entwicklung unabdingbar. Wir schlagen dafür die grüne Pflege-Bürgerversicherung vor. Wie auch in der Krankenversicherung ist die Zweiteilung in Soziale und Private Pflegeversicherung (SPV/PPV) ungerecht und unbegründet. Sie sollen daher in einer Pflege-Bürgerversicherung zusammengeführt werden. Da SPV und PPV seit jeher einen identischen Leistungskatalog aufweisen, ist der Übergang in eine Bürgerversicherung zügig umsetzbar. In der Pflege-Bürgerversicherung nach unserem Modell sind alle Bürgerinnen und Bürger Mitglied. Alle Einkunftsarten – auch Vermögenseinkommen, Gewinne und Mieteinkünfte – werden in die Finanzierung der Pflegeversicherung einbezogen. Damit durch die Heranziehung weiterer</p>
---	---	---	--	---

	<p>Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Armutsrisiko für die Angehörigen werden. Wer seine nahen Angehörigen pflegt, muss die beste Unterstützung bekommen. Ein Rückgriff auf Kinder soll künftig erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro erfolgen.</p>			<p>Einkommensarten nicht vor allem kleine und mittlere Einkommensbeziehungen und -bezieher belastet werden, sind für die zusätzlichen Einkommensarten Freigrenzen einzuräumen. Die Leistungen der Pflege-Bürgerversicherung werden im Gegensatz zur geltenden Rechtslage regelmäßig so angepasst (dynamisiert), dass ein Realwertverlust der Leistungen vermieden wird. Da sich die Pflegekosten zu etwa zwei Dritteln aus Personal- und zu etwa einem Drittel aus Sachkosten zusammensetzen, werden die Leistungen regelmäßig in diesem Verhältnis an die Lohn- und Inflationsentwicklung angepasst.</p>
--	--	--	--	---

<p>Was werden Sie unternehmen, um die Finanzbasis der Pflegeversicherung dauerhaft und nachhaltig zu sichern?</p>	<p>Pflege muss uns etwas wert sein. In dieser Legislaturperiode haben wir den Pflegeversicherungsbeitrag um 0,5 Prozentpunkte angepasst. In der kommenden Wahlperiode ist die Pflegeversicherung auch für weitere Projekte ausreichend finanziert.</p>	<p>Auch in der Pflege soll es die Bürgerversicherung geben. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger besser gegen Pflegerisiken absichern.</p>	<p>Für eine nachhaltige dauerhafte Finanzbasis der Pflegeversicherung hat DIE LINKE kurzfristige und langfristige Vorschläge unterbreitet. Kurzfristig kann der Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt werden. Damit stünden jährlich ca. 1,2 Milliarden Euro allein für die Personalentwicklung zur Verfügung. Die medizinische Behandlungspflege muss auch in stationären Einrichtungen in voller Höhe durch die Krankenversicherung finanziert werden. Grundsätzlich verfolgt DIE LINKE das Konzept der Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung. Wir wollen alle in Deutschland lebenden Menschen, auch alle derzeit privat Krankenversicherten, zu einem Stichtag in dieses System einbeziehen. Die private Krankenversicherung wollen wir abschaffen. Unter gleichen Bedingungen arbeitende gesetzliche und private Krankenversicherungen sind nicht vorstellbar, weil gesetzliche keinen Gewinn machen dürfen und private ihre Existenzberechtigung aus der Gewinnerzielung ziehen. In die Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung zahlen alle denselben prozentualen Beitragssatz auf alle</p>	<p>Eine nachhaltige Finanzierung der Pflege ist angesichts der demografischen Entwicklung unabdingbar. Wir schlagen dafür die grüne Pflege-Bürgerversicherung vor. Wie auch in der Krankenversicherung ist die Zerteilung in Soziale und Private Pflegeversicherung (SPV/PPV) ungerecht und unbegründet. Sie sollen daher in einer Pflege-Bürgerversicherung zusammengeführt werden. Da SPV und PPV seit jeher einen identischen Leistungskatalog aufweisen, ist der Übergang in eine Bürgerversicherung zügig umsetzbar. In der Pflege-Bürgerversicherung nach unserem Modell sind alle Bürgerinnen und Bürger Mitglied. Alle Einkunftsarten – auch Vermögenseinkommen, Gewinne und Mieteinkünfte – werden in die Finanzierung der Pflegeversicherung einbezogen. Damit durch die Heranziehung weiterer</p>
---	--	---	--	--

			<p>Einkommensarten und ohne Beitragsbemessungsgrenze ein. Jede und jeder hat einen eigenständigen Versicherungsanspruch.</p> <p>Wer viel Einkommen hat, zahlt viel, wer wenig hat, zahlt wenig und wer kein Einkommen hat, zahlt nichts. Zusatzbeiträge werden abgeschafft und die Parität wiederhergestellt.</p> <p>Durch dieses konsequent solidarische Modell kann der Beitragssatz in der Krankenversicherung erheblich gesenkt werden: Von derzeit 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent. Versicherte wie Arbeitgeber zahlen so jeweils unter 6 Prozent. In der Pflegeversicherung wollen wir den Beitragssatz auf dem aktuellen Stand belassen. Das würde Mehreinnahmen von mehr als 12 Mrd. Euro jährlich bedeuten. Damit wollen wir die Leistungen der Pflegeversicherung hin in Richtung einer Vollversicherung ausbauen und verbessern.</p> <p>Mehr zu unserem Konzept finden Sie unter: https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/solidarische-gesundheits-und-pflegeversicherung/</p>	<p>Einkommensarten nicht vor allem kleine und mittlere Einkommensbeziehungen und -bezieher belastet werden, sind für die zusätzlichen Einkommensarten Freigrenzen einzuräumen. Die Leistungen der Pflege-Bürgerversicherung werden im Gegensatz zur geltenden Rechtslage regelmäßig so angepasst (dynamisiert), dass ein Realwertverlust der Leistungen vermieden wird. Da sich die Pflegekosten zu etwa zwei Dritteln aus Personal- und zu etwa einem Drittel aus Sachkosten zusammensetzen, werden die Leistungen regelmäßig in diesem Verhältnis an die Lohn- und Inflationsentwicklung angepasst.</p>
--	--	--	---	---